W A H L P R O G R A M M

DER FREIEN WÄHLERGRUPPE OFFENBACH / QUEICH e.V.

1. Einfach versuchen, bessere und bürgernähere Gemeindepolitik zu betreiben.

Die FWG Offenbach stellt sich vor, daß die Bürgerschaft ein Recht auf bessere und ausführlichere Information hat. Es geht ihr in erster Linie darum, die Zusammenhänge in der Kommunalpolitik klar und eindeutig darzulegen. Die besondere Betonung sollte hierbei auf dem Wort "einfach" liegen. Man kann dies ohne großen finanziellen Aufwand tun, wenn man bereit ist, nicht nur die halbe Wahrheit, sondern die ganze Wahrheit zu veröffentlichen. Es geht nicht an, daß die Bürgerschaft,ob bewußt oder unbewußt, nur einen Teil der Wahrheit erfährt und zwar den, den die Verantwortlichen für gerade noch vertretbar halten.

2. Mehr Verständnis für die Belange der Bürger aufbringen, sie anhören und versuchen zu verstehen.

Bei diesem Punkt geht es der Wählergruppe darum, die Nöte und Ängste des Bürgers vor der Bürokratie zu beseitigen. Sehr viele unserer verehrten Mitbürger verstehen das "Bürokratendeutsch" nicht mehr. Es ist daher die vornehmste Pflicht von Rat und Verwaltung, ihm bei der Lösung seiner Probleme behilflich zu sein. Hierzu gehört auch , daß sich die Wählergruppe allen Gesprächen der Bürgerschaft stellen wird, um auf breiter Basis an der Lösung der Probleme zu helfen. Man könnte auch grob sagen, wir wollen mit mehr Sachverstand dem Bürger zu seinem Recht verhelfen.

3. Verantwortungsvollere Finanzpolitik für die Zukunft betreiben, damit die Zukunft unserer Kinder gesichert ist.

Die Demontage der Selbstverwaltung durch eine sich abzeichnende Überschuldung von Gemeinde und Verbandsgemeinde gilt es zu verhindern. Es darf niemals der Fall eintreten, daß künftige Gemeindegremien nur noch über die Rückzahlung von Schulden und deren Reihenfolge beschließen können. Es muß auch noch in Zukunft für die nächste und übernächste Generation ein finanzieller Spielraum verbleiben, der nach Bedarf und Wünschen dieser Generation verplanbar ist.

4. Umfassendere Überlegung und maßvollere Planung bei allen Investitionen.

Die FWG Offenbach will im Rahmen der Investitionspläne und der sich hieraus ergebenden Vermögens- und Verwaltungshaushalte vor allen Dingen bei allen Investitionen die Folgekosten mit mehr Gewicht versehen. Meistens sind die Investitionen auf lange Sicht gesehen das kleinere Übel. Die sich aus den Investitionen ergebenden Folgekosten können ein Faß ohne Boden werden. Damit sollen der Bürgerschaft möglichst Steuererhöhungen und Gebührenerhöhungen erspart bleiben. Als Beispiel, wie man es nicht machen sollte, kann in diesem Zusammenhang der Rathausneubau gelten. Die Konzeption dieses Gebäudes entstand in einer Zeit, in der noch die ICI erhebliche Gewerbesteuer an die Gemeinde Offenbach zahlen mußte. Nach Wegfall dieser Steuer hätte auch das Rathaus in seiner bisherigen Konzeption nicht mehr verwirklicht werden dürfen. Die nunmehr gebundenen Investitionsmittel und die zwangsläufig sich hieraus ergebenden Folgekosten belasten die weitere Entwicklung der Gemeinde Offenbach im Hinblick auf die äußerst labilen wirtschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik und darüber hinaus.

5. Die Planung neuer Baugebiete sollte unter Berücksichtigung vielfacher Aspekte erfolgen.

Die in der Gemeinde Offenbach ansässigen Landwirte sollten bei der Beschlußfassung über Neubaugebiete intensiver befragt werden. Auf keinen Fall sollte durch Schaffung von Neubaugebieten die Existenz landwirtschaftlicher Betriebe gefährdet werden. Außerdem muß bei der Planung solcher Gebiete der Umweltschutz mit all seinen Vor- und Nachteilen berücksichtigt werden. Qualität geht vor Quantität.Die Wählergruppe legt großen Wert auf Bauherren, die in den errichteten Gebäuden später selbst wohnen. Die Verbindung zwischen Eigentum und seiner Pflege ist damit meist besser gewährleistet als bei reinen Vermietungsobjekten.

6. Unterstützung der Landwirtschaft.

Die Offenbacher Landwirtschaft und selbstverständlich auch die der übrigen Gemeinden der Verbandsgemeinde, soll entsprechend den Möglichkeiten gefördert werden.Hierzu gehört auch die Ausnutzung von staatlichen Zuschüssen und Förderungsmitteln aus allen Bereichen. Hierzu gehört unserer Ansicht nach auch die aktive Unterstützung von Landwirten, die einen Aussiedlerhof errichten wollen.

7. Sicherung der vorhandenen Arbeitsplätze.

Die Möglichkeiten der Wählergruppe auf kommunaler Basis zur Sicherung und Erhaltung von Arbeitsplätzen sind relativ gering. Trotzdem wollen wir uns bemühen, mit den ortsansässigen Unternehmern und evtl. potentiellen Neuansiedlern Gespräche über die Sicherung und Erhaltung der Arbeitsplätze zu führen. Wir sehen die Hauptaufgabe der Wählergruppe darin, daß sie den vielschichtigen betrieblichen Interessen der Gesamtgemeinde Rechnung trägt. Die Vernichtung kleinerer mittelständischer Betriebe zu Gunsten von Supermärkten oder ähnlichem soll unbedingt verhindert werden. Die Wettbewerssituation der kleinen Unternehmer ist ohnehin nicht rosig. Zudem handelt es sich meist um ältere Mitbürger, die leider heute nicht mehr so aktiv sein können, wie sie es selbst gerne möchten.

8. Förderung der Vereine.

In allen Kommunen sind die Vereine das Fundament für den Zusammenhalt in der Bürgerschaft. Die Aktivitäten der Vereine sollen entsprechend ihrem Engagement unterstützt werden. Da von vielen Vereinen ein Großteil des Freizeitangebotes abgedeckt werden soll, sind sämtliche Investitionen auch unter dem Gesichtspunkt einer sich ständig vergrößernden Freizeit zu betrachten.

9. Erhaltung der baulichen Substanz des Dorfkernes und Förderung der heimischen Betriebe.

Mit der Erhaltung und Modernisierung der baulichen Substanz des Dorfkernes soll der Charakter von Offenbach erhalten bleiben. Bei einer zweckmäßigen und langfristigen Sanierung soll auf moderne Betonbauten (Betonsilos und ähnliche unschöne Bauten) im "alten Dorfbereich" und die Errichtung von Supermärkten oder Kaufhäusern im Ortszentrum verzichtet werden. Den dortigen Grundstücksbesitzern und den Offenbacher Geschäftsleuten können nicht Lasten und Auflagen aufgebürdet werden, die sie nicht verkraften können. Man kann, soweit es notwendig ist, auch mit modernen Mitteln einen dörflichen Charakter erhalten, ohne die Anlieger in eine Zwangsjacke zu stecken, um utopische Ziele in einem "Dorf" verwirklichen zu können.

Bei Vergabe von Aufträgen durch die Gemeinde oder Verbandsgemeinde soll darauf geachtet werden, daß möglichst heimische Unternehmer Berücksichtigung finden. Da diese Handhabung in den umliegenden Gemeinden bereits gang und gäbe ist, ist nicht einzusehen, weshalb die Gemeinde Offenbach sich dieser Gepflogenheit nicht anschließt.

Voraussetzung hierfür ist allerdings, daß die Angebote zwischen dem einheimischen Unternehmer und dem fremden Unternehmer in etwa gleichlautend sind. Hierbei ist allerdings darauf zu achten, daß nicht die Angebotssumme als solche, sondern auch die Sicherheit der Erledigung des Auftrages und die Qualität des hergestellten Produktes auschlaggebend sein soll.

10. Beteiligung der Bürger bei größeren Vorhaben.

Die Wählergruppe beabsichtigt, bei gravierenden Vorgängen im Investitionsbereich oder im Gebührenbereich, die Bürger vor einer Beschlußfassung zu befragen. Dies soll nicht die Form einer Abstimmung durch Stimmzettel, sondern in einer offenen Diskussion erfolgen. Das Instrument der Bürgerversammlung nach der Gemeindeordnung im Land Rheinland-Pfalz soll häufiger benutzt werden.

11. Förderung der Jugendarbeit.

Die Problematik im Jugendbereich in der Gemeinde Offenbach und in den anderen Gemeinden ist bekannt. In vielen gleichgroßen Orten der näheren Umgebung wird für die Jugend erheblich mehr getan. Die Förderung der Jugendarbeit soll sich auf alle Institutionen und Vereinigungen erstrecken, die mit Jugendpflege im weitesten Sinne zu tun haben.

12. Förderung der Altenpflege und Hilfe für die Behinderten.

Die Gemeinde Offenbach ist bekannt für ihre Aufgeschlossenheit gegenüber Behinderten und älteren Menschen. Wir wollen auch weiterhin die Bemühungen in diesem Bereich zur Verbesserung der Lebenssituation der Betroffenen fortsetzen. Wir wollen uns bemühen, Altenclubs und Altennachmittage zu fördern. Für die Behinderten sollen Möglichkeiten geschaffen werden, die es ihnen erlauben, einen ihrem Gesundheitszustand angepaßten Sport zu betreiben.

13. Anlage eines Fußgängerweges über den Ratzenbrühl zum Amorgenweg.

Entlang der Straße von Offenbach zum Dreihof wurde dankenswerterweise in der Vergangenheit ein Fuß- und Radfahrweg angelegt. Dieser Weg muß mangels einer geeigneten Brücke kurz vor Offenbach auf die Fahrbahn geleitet werden, um nach Oberwindung des Sandbaches wieder separat von der Straße verlaufen zu können. Dieser Engpaß, der außerdem für die Verkehrsteilnehmer eine äußerst gefährliche Angelegenheit darstellt, sollte bald beseitigt werden.

In den Bereich "Freizeit" könnte auch die Anlage eines seichten Gewässers für die Vogelwelt fallen. Es ist daran gedacht, am östlichen Ende des Amorgenweges durch den Bund für Vogelschutz ein Biotop anzulegen. Gleichzeitig soll zur Vermeidung von Oberschwemmungen der Ausbau des Hochstadter Queichwehrs und die Beseitigung des Hindernisses in der Queich bei der Neumühle erfolgen. Dies ist deshalb erforderlich geworden, weil durch den Queichausbau im Bereich der Stadt Landau nunmehr die Wassermassen wesentlich schneller in Richtung Offenbach abfließen, ohne daß gleichzeitig ein geeigneter Abfluß im Bereich der Gemeinde Offenbach gewährleistet ist. Die Anlage eines Fußgängerweges über den Ratzenbrühl mit Übergang über die Queich zum Amorgenweg wäre dringend zu verwirklichen, damit die Spaziergänger schnellstens von der Verkehrsstraße wegkommen.

14. Förderung des Ortsgedankens und der Verbundenheit mit der Heimatgemeinde.

Die Wählergruppe stellt sich vor, daß der Pflege des Ortsgedankens und damit der Verbundenheit mit der Heimatgemeinde besondere Beachtung geschenkt werden muß, damit nicht alles in der Anonymität untergeht.

15. Allgemeine Absichten der FWG Offenbach

Die FWG Offenbach versteht sich nicht als 4.Partei, denn sie ist nach dem Parteiengesetz nicht als solche anerkannt. Wir verstehen uns vielmehr als die überparteiliche Interessenvertretung aller Bürger. Wir wollen verhindern, daß künftig im Gemeinderat nur noch über Wahlprogramme der Parteien entschieden wird. Wir fordern die Abkehr von der allgemein üblichen Praxis, mit den Haushalten der Kommunen Parteipolitik zu betreiben. Wir wollen verhindern, daß zwischen den Bürgern und der Verwaltung eine Vertrauenskrise entsteht.

Offenbach, den 26.3.1979

DIE VORSTANDSCHAFT
DER FREIEN WÄHLERGRUPPE
OFFENBACH / QUEICH e.V.